

Stempelmarke  
16,00 €

Bei telematischer Stempelmarke Datum und  
"Identificativo" angeben. Falls Zahlung mittels  
F23 (codice tributo 456T) erfolgt, die  
entsprechende Zahlungsbestätigung beilegen

# D3 Kondominium

An die  
Autonome Provinz Bozen– Südtirol  
Abteilung 25 – Wohnungsbau  
Kanonikus-Michael-Gamper-Straße, 1  
39100 Bozen

Wohnbauakt Nr.: .....  
eingereicht am: .....  
angenommen von: .....

Stempelmarke (Datum):

„Identificativo“ - Nummernkodex(14 Ziffern):

## Ansuchen um die Gewährung eines Beitrages zum Abbau und zur Entsorgung von Asbest an Wohngebäuden

Im Sinne des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13 (Wohnbauförderungsgesetz)  
Beschluss der Landesregierung vom 15.05.2018, Nr.431

Der Antrag muss bevor die entsprechenden Rechnungen bezahlt werden innerhalb 20.11.2018 entweder per E-Mail-Adresse, PEC-Adresse, Einschreibebrief übermittelt oder händisch abgegeben werden.

### Wer das Ansuchen stellt:

#### Kondominium:

Bezeichnung .....

Steuernummer .....Mehrwertsteuernummer.....

Rechtssitz .....

#### Gesetzlich vertreten durch:

Nachname/Vorname: .....

geboren am .....in .....

Steuernummer .....

Wohnsitz in der Gemeinde ..... Fraktion .....

Straße ..... Nr. ....

Telefon .....

E-Mail.....

## Technische Daten:

Für den Beitrag sind ausschließlich Ausgaben für den Abbau und die Entsorgung der asbesthaltigen Materialien zugelassen, einschließlich die notwendigen Ausgaben für Laboranalysen und Ausgaben zur Erstellung des Arbeitsplans gemäß Art. 256 des Legislativdekretes vom 9. April 2008, Nr. 81.

Die Mehrwertsteuer hingegen ist vom Beitrag ausgeschlossen.

Nicht förderfähig sind eventuelle zusätzliche Eingriffe, welche im Anschluss an den Abbau und die Entsorgung erforderlich sind. Die Eingriffe müssen nach dem Einreichen des Antrages durchgeführt werden und einen Kostenvoranschlag von mindestens 500,00 Euro aufweisen. Der Beitrag wird zu 70% der zugelassenen Spesen und bis zu einem Höchstbetrag von 10.000 € gewährt.

Asbesthaltiges Material:	Gewicht [kg] und/oder Fläche [m²]:		
<input type="checkbox"/> Dach	kg:	m²:	
<input type="checkbox"/> Boden	kg:	m²:	
<input type="checkbox"/> Balkon	kg:	m²:	
<input type="checkbox"/> Rohre	kg:		
<input type="checkbox"/> Kamin	kg:		
<input type="checkbox"/> Anderes:	kg:	m²:	
Gesamtkosten der Ausgaben betreffend Abbau und Entsorgung €			
Parzelle:	Katastralgemeinde:	Gemeinde:	Adresse (falls verfügbar):
<input type="checkbox"/> G.p. <input type="checkbox"/> B.p.			

## Mitteilung Bankverbindung:

Ansuchen um Überweisung des genehmigten Beitrages auf das folgende Bankkonto:

Name der Bank:	
Kontoinhaber (Familiename und Vorname):	
IBAN:	

## **Zustimmung Kommunikation E-mail:**

Kommunikation mit den Ämtern der Abteilung Wohnungsbau (Legislativdekret vom 7 März 2005 Nr. 82 – Art. 1, Absatz 1 Buchst. v) -bis, Absatz 1-ter e Art. 3 bis Absatz 4-quinquies):

Der/die Antragsteller/in ersucht/ersuchen, dass die Kommunikation mit den Ämtern der Abteilung Wohnungsbau bezüglich der gesamten Verwaltungsverfahren ausschließlich über die unten angeführte zertifizierte Email-Adresse (PEC) oder einfache Email-Adresse (PEO) erfolgen muss und erklärt/erklären, dass die Adresse für die gesamte Dauer der Verwaltungsverfahren aktiv bleibt bzw. eine eventuelle Adressenänderung rechtzeitig mitgeteilt wird.

Er/sie erklärt/erklären weiters sich bewusst zu sein und zu akzeptieren, dass die Übermittlung und der Empfang der Mitteilungen/Unterlagen nicht garantiert ist, wenn die angeführte Email-Adresse keine zertifizierte Email-Adresse (PEC) ist (Art. 3-bis Absatz 4-quinquies des gesetzesvertretenden Dekretes 82/2009) und die Autonome Provinz Bozen - Abteilung Wohnungsbau - im Falle einer fehlgeschlagenen Kommunikation, welche nicht direkt auf die Autonome Provinz Bozen – Abteilung Wohnungsbau - zurückzuführen ist, von jeglicher Verantwortung befreit ist.

Email-Adresse (PEC oder PEO): .....(leserlich)

## **Wahl der Sprache des Schriftverkehrs:**

Deutsch       Italienisch

## **Unwahre oder unvollständige Erklärungen:**

Mit der Unterschrift des Fragebogens nehme ich zur Kenntnis, dass ich im Falle unwahrer oder unvollständiger Erklärungen laut Artikel 76 des D.P.R. Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 strafrechtlich verfolgbar bin, und dass die aufgrund der unwahren Angaben eventuell erhaltenen Förderungen widerrufen werden,

- dass die oben angeführten technischen Daten den Abbau und die Entsorgung des asbesthaltiges Materiales entsprechen, für welchen der Beitrag beantragt wird.
- die Voraussetzungen gemäß Art. 2, Absatz 1 und Artikel 3 und 4 der Kriterien laut Beschluss der Landesregierung vom 15.05.2018, Nr. 431 zu besitzen, insbesondere:
  - dass sich das betreffende Wohngebäude in Südtirol befindet und im Eigentum von Privatpersonen ist;
  - das Anrecht auf einen Beitrag habe, in Eigenschaft als: Mieter, Entlehner, Nutznießer oder Inhaber anderer Nutzungsrechte;
  - dass der Abbau von einem im Nationalen Verzeichnis der Umweltfachbetriebe (ANGA) eingetragenen Unternehmen durchgeführt wird, Kategorie 10A oder 10B;

- dass die Entsorgung entweder bei einer für gefährlichen Sondermüll ermächtigten Enddeponie oder bei einem Unternehmen erfolgt, das für die Zwischenlagerung von gefährlichen Abfällen (RCA) ermächtigt ist.
- Erklärung, dass das Kondominium gemäß der Eigentumstausendstel überwiegend aus Wohneinheiten besteht.
- dass keine weiteren öffentlichen Förderungen für die Ausführung des betreffenden Eingriffes im Antrag angefragt oder erhalten werden oder wurden.
- falls eine telematische Stempelmarke verwendet wird: dass diese Stempelmarke ausschließlich für das vorliegende Dokument verwendet wurde und für drei Jahre, im Sinne des Art. 37 des DPR Nr. 642 von 1972, aufbewahrt wird.
- dass der/die Antragsteller/in - die Antragsteller für den Eingriff, für den um einen Beitrag angesucht wird, Steuerabzüge beantragt/beantragen:

ja       nein

Falls für die Sanierung eine Steuerbegünstigung beantragt wird, muss der entsprechende Betrag von den Ausgaben abgezogen werden.

## **Kontrollen:**

Im Sinne von Artikel 2 Absatz 3 des Landesgesetzes vom 22. Oktober 1993, Nr.17, in geltender Fassung, werden Stichprobenkontrollen an mindestens 6 % der geförderten Eingriffe durchgeführt.

## **Vor Auszahlung des Beitrages abzugebende Dokumente:**

Folgende Unterlagen sind **innerhalb 31. Dezember 2019** dem Technischen Amt für den geförderten Wohnbau, Landhaus 12, Kanonikus-Michael-Gamper-Straße 1, 39100 Bozen zu übermitteln oder abzugeben:

- Rechnungen aus denen die Kosten des Abbaus und der Entsorgung des asbesthaltigen Materials hervorgehen;  
Die Rechnungen müssen:
  - nach dem Datum des Beitragsantrages ausgestellt worden sein;
  - auf den Namen des Begünstigten / der Begünstigten lauten. Falls der Beitrag gemeinschaftlich von mehreren Miteigentümern beantragt wird, müssen die Rechnungen auf alle Antragsteller lauten;
  - bereits beglichen und quittiert sein;
- Kopie des Abfallbegleitscheins des asbesthaltigen Materials, welcher den Transport dieses Abfalls zu autorisierten Entsorgungsanlagen bescheinigt;

Alle Änderungen der angeführten Angaben, sowie der abgegebenen Erklärungen, welche nach dem Einreichen des Antrages erfolgen, sind umgehend mitzuteilen;

## **Mitteilung gemäß Erhebung von personenbezogenen Daten:**

Die betroffene Person hat die Information über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erhalten (siehe Seite 6 und 7).

Ort ..... Datum .....

**Unterschrift:**

.....

## **Dem Ansuchen beizulegende Dokumente:**

- detaillierter Kostenvoranschlag aus dem die Ausgaben für den Abbau und die Entsorgung des asbesthaltigen Materials hervorgehen;
- Kopie der Identitätskarte jener Person, welche den Antrag unterzeichnet (außer bei digital unterzeichnetem Antrag);
- Kopie des Protokolls der Kondominiumsversammlung, die die zur Ausführung des beantragten Eingriffes ermächtigt.

Die Dokumente können auch in digitaler Form übermittelt werden.

Die Unterlagen die bereits bei einer öffentlichen Verwaltung aufliegen können laut Artikel 15 des Gesetzes vom 12. November 2011, Nr. 183, von Amts wegen angefordert werden können.

**Information gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 bezüglich der Erhebung von personenbezogenen Daten, welche bei der betroffenen Person erhoben werden/wurden**

**Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung:**

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 4, Landhaus 3a, 39100, Bozen, E-Mail: [generaldirektion@provinz.bz.it](mailto:generaldirektion@provinz.bz.it) PEC: [generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it](mailto:generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it)

**Datenschutzbeauftragte (DSB):**

Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Organisationsamt, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, 39100 Bozen; E-Mail: [dsb@provinz.bz.it](mailto:dsb@provinz.bz.it); PEC: [dsb@pec.prov.bz.it](mailto:dsb@pec.prov.bz.it)

**Zwecke der Verarbeitung:**

Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, und Dekret des Landeshauptmannes vom 15. Juli 1999, Nr. 42 und Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, alle in geltender Fassung, angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor der Abteilung 25 an seinem Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

**Mitteilung und Datenempfänger:**

Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Landesämter, Gemeinden, Katasteramt und Grundbuch, Agentur für Einnahmen und Finanzbehörde, Nifs, SIAG und Südtirol Finance AG. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch *Cloud Computing*, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogenen Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln.

**Datenübermittlungen:**

Im Falle von Übermittlungen personenbezogener Daten an Drittländer, ist die Übermittlung aufgrund: 1) eines Angemessenheitsbeschlusses der EU Kommission.....(angeben), 2) geeigneter Garantien im Sinne von Art. 46 der Datenschutzgrundverordnung: (zum Beispiel: Standarddatenschutzklauseln, die von der EU Kommission oder einer Aufsichtsbehörde erlassen wurden, Verhaltensregeln oder Zertifizierungsmechanismen) .....(angeben) erlaubt.

Die genannten Rechtsträger handeln entweder als externe Auftrags Verarbeiter oder in vollständiger Autonomie als unabhängige Verantwortliche.

**Verbreitung:**

Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

**Dauer:**

Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden, und zwar bis zur Löschung des Status als Wohnbauhilfeempfänger/in.

**Automatisierte Entscheidungsfindung:**

Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

**Rechte der betroffenen Person:**

Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparenze-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

**Rechtsbehelfe:**

Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

**Information gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 bezüglich der Erhebung von personenbezogenen Daten, welche nicht bei der betroffenen Person erhoben werden/wurden**

**Rechtsinhaber der Datenverarbeitung:**

Rechtsinhaber der Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 4, Landhaus 3a, 39100, Bozen, E-Mail: [generaldirektion@provinz.bz.it](mailto:generaldirektion@provinz.bz.it), PEC: [generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it](mailto:generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it)

**Datenschutzbeauftragte (DSB):**

Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, Organisationsamt, 39100, Bozen; E-Mail: [dsb@provinz.bz.it](mailto:dsb@provinz.bz.it), PEC: [dsb@pec.prov.bz.it](mailto:dsb@pec.prov.bz.it)

**Ursprung:**

Die Daten stammen von Landesämtern, Gemeinden, Kataster, Grundbuch, Agentur für Einnahmen, Nifs, INAIL und wurden im Sinne des Landesgesetzes/der Verordnung zum Landesgesetz vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, Dekret des Landeshauptmannes vom 15. Juli 1999, Nr. 42, und Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, alle in geltender Fassung, erhoben.

Die Daten stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Archive, Register, von öffentlichen Rechtsträgern geführte Verzeichnisse, Berufsverzeichnisse):

ja, wie oben  nein

Kategorien der Daten: Es handelt sich um

Identifizierungsdaten;  sensible Daten;  Gesundheitsdaten,  sexuelle Leben und Orientierung  biometrische Daten;  genetische Daten;  Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Gerichtsdaten).

**Zwecke der Verarbeitung:**

Die erhobenen Daten werden vom dazu beauftragten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie erhoben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor der Abteilung 25, Wohnungsbau, an seinem Dienstsitz.

**Mitteilung und Datenempfänger:**

Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Gemeinden, Notare, Grundbuch und Südtirol Finance AG. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud-Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogenen Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln.

**Datenübermittlungen:**

Im Falle von Übermittlungen personenbezogener Daten an Drittländer, ist die Übermittlung aufgrund: 1) eines Angemessenheitsbeschlusses der EU Kommission.....(*angeben*), 2) geeigneter Garantien im Sinne von Art. 46 der Datenschutzgrundverordnung: (zum Beispiel: Standarddatenschutzklauseln, die von der EU Kommission oder einer Aufsichtsbehörde erlassen wurden, Verhaltensregeln oder Zertifizierungsmechanismen) .....(*angeben*) erlaubt. Die genannten Rechtsträger handeln entweder als externe Auftrags Verarbeiter oder in vollständiger Autonomie als unabhängige Verantwortliche.

**Verbreitung:**

Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

**Dauer:** Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung geltenden rechtlichen Verpflichtungen benötigt werden, und zwar bis zur Löschung des Status als Wohnbauhilfeempfänger/in.

**Automatisierte Entscheidungsfindung:**

Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

**Rechte der betroffenen Person:** Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparente-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

**Rechtsbehelfe:** Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – eine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.